

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich wochentags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Geydamik, für den Kunstteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Braubergstr. 17. Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11—12 Uhr. Abonnementspreis wochentags 10 Pf. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 21. Bezugspreis: Monatlich 1,25 Mark. Wenn Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1,15 Mark. Bei den Postämtern monatlich 2,70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: Die Tagesblätter 30 Pfennig, Sonntags von auswärts 40 Pfennig, im Reichsteil Seite 75 Pfennig. — Berlin: Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstr. 21. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspostamt Seite 411.

Nr. 49.

Halle, Dienstag, den 4. März 1919.

3. Jahrgang.

## Die Wahrheit über den Streik.

Das volle Woche haben wir nicht zu unseren Lesern sprechen können, eine volle Woche war die Pressefreiheit unterdrückt und die öffentliche Meinung wurde nur befangen von dem sogenannten Mitteilungsblatt. An anderer Stelle soll dargelegt werden, in welcher Art das Mitteilungsblatt die öffentliche Meinung beeinflusste oder als alleiniges Presseorgan zu beeinflussen suchte. Hier soll nur ein kurzes Bild über das Entstehen und den Werdegang des Streiks gegeben werden, und zwar soll das eine möglichst objektive Schilderung, eine Darstellung der Tatsachen werden.

Schon wochenlang vor Ausbruch des Streiks ging das Rumoren im Bergbauwerk, das Schieben und Drängen unter dem Schlagwort „Sozialisierung von unten“, bis dann schließlich unter dem Einfluß, daß Bayern Sowjetrepublik würde und daß der Streik im Ruhrgebiet allgemein werden und die Regierung zum Nachgeben bei den politischen Forderungen zwingen müßte, der Kampf aufgenommen wurde. Man hielt den Zeitpunkt für den geeigneten, legte vorher mit den gemeinsten und unläutersten Mitteln gegen die Gewerkschaftsführer (Volksblatt Nr. 44) und dieselbe am Sonntag, den 28. Februar, eine wilde Bergarbeiterkonferenz, auf der dann die Entscheidung fiel.

Auf dieser Konferenz sprachen aber nicht etwa Bergarbeiter, sondern die Führer der Unabhängigen, Kilians, Roemer, Albrecht, Rausch u. a., die mit den Bergarbeitern überhaupt nichts zu tun haben, und schufen mit ihnen „Gemeinden“ neben den Bergarbeiterverbänden, die nicht für den Streik waren, unter dem Einfluß der Situation nicht den Mut fanden, gegen den Streik zu stimmen. So kam der Bergarbeiterstreik in Fluss, und überall, wo man sich für die Arbeitsethik gegen die Arbeitsethik, half der Terror nach, so daß der Streik allgemein wurde.

In Halle war es nicht anders, vielleicht noch ein wenig darüber. Der Arbeiterrat, der in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten der Gewerkschaften, sagen wir einmal so, die Infanz war, den Generalstreik zu beschließen, wurde vor vollendete Tatsachen gestellt und hatte nichts anderes zu tun, als die ihm vorgelegte vollendete Tatsache des Generalstreiks gutzuheißen. Auf die Frage aus dem Arbeiterrat, wer den Generalstreik beschloffen habe, wurde keine Antwort gegeben, und die Arbeiter wurden aus den Betrieben geholt, mußten die Arbeit verlassen, ohne daß sie gefragt wurden.

ohne daß irgendeine Abstimmung für oder gegen den Streik stattgefunden hat. Ihr müßt freilich, hier es einfach. Diese Feststellung machten wir bereits in unserer letzten Nummer, aber der Zensur, der man uns ins Haus gesetzt hat und der wahrheitsgemäß kein Wahrheitsfanatiker ist, hat diese Feststellung unbarmergestrichen gestrichen. Demgegenüber ist es beachtenswert, daß das Mitteilungsblatt immer wieder darauf hinweist, daß bei den Beamten nur der Terror vermag hat, den Beamtenstreik allgemein werden zu lassen. Hinter dem Busch, wo man andere sucht, sitzt man gewöhnlich selber.

Eine besondere Heiligkeit der Streikleitung oder des Arbeiterrats war die Unterbindung der Pressefreiheit. In seiner Sitzung am 28. Februar beschloß der Arbeiterrat, daß von Mittwoch ab keine Zeitung mehr erscheinen darf, daß nur ein Mitteilungsblatt herausgegeben wird. Dies war ein kategorischer Beschluß, der gekündigt wurde dadurch, daß man uns am letzten Erscheinungstage unter Zwangswort stellte, die Gewalt gebrauchte und uns ganz wie unter dem alten verrotteten Regime die Zensoren ins Haus schickte. Die Buchdrucker, die beschloffen hatten, arbeiten zu wollen, um das Weiterbestehen der Zeitungen zu ermöglichen, wurden davon abgehalten, so daß tatsächlich das Mitteilungsblatt zu der Öffentlichkeit sprechen konnte.

Was aber war das Mitteilungsblatt? Nichts anderes als das Volksblatt unter anderer Überschrift, denn allen Abonnenten des Volksblatts wurde es kostenlos zugestellt, es lagar den auswärtigen Bezuhern. So wurde die Gewalt ausgeübt und die Ordnung unterdrückt, und da schreiben die

**Heuchler**  
im Mitteilungsblatt, nachdem die Regierungstruppen eingesetzt sind und ihrer Gewalt andere Gewalt entgegengeleitet worden ist: **Ordnung oder Gewalt!** An anderer Stelle haben wir auseinandergesetzt, wie wir über Ruhe und Ordnung und Gewalt denken, hier aber sei festgestellt, daß die Unabhängigen es waren, die, nachdem sie die Gewalt an sich gerissen und der Kampf begonnen, jede gegenteilige Meinung gewaltsam unterdrückten und mit Gewalt den Fortbestand der Ordnung befehligen. Darum sieht es den Heuchlern, den **Ungewaltanwendern** schlecht an, die Frage aufzuwerfen: **Ordnung oder Gewalt!**

Ueber den Verlauf des Streiks selbst ist nicht viel zu sagen. Nachdem auch die Bürger und Beamten den Proteststreik proklamiert haben, war die Arbeits- und Geschäftsrube allgemein, die Not groß, und der Nahrungsmittelmangel und andere Begleiterscheinungen des Generalstreiks, die die Arbeiter am härtesten trafen, zeigten

### An unsere Leser und Abonnenten!

Fast eine Woche konnten wir nicht zu unseren Lesern sprechen und ihnen über die tatsächliche Lage berichten.

Heute nun ist wenigstens in unserer Ordnung, daß die Sicherheit für das Wiedererscheinen unserer wie der übrigen Zeitungen gegeben ist. Der angesehene und unwillkürliche Zustand der Ermahnung der Presse ist beseitigt und dem Wunsch der Bevölkerung nach ihrer Zeitung kann wieder Rechnung getragen werden.

Technische Schwierigkeiten, das Fehlen des elektrischen Stromes machten es zuerst noch unmöglich, in dem Ausmaße zu erscheinen, wie wir wünschen, auch können wir heute, am ersten Wiedererscheinungstage, unseren Lesern das Blatt noch nicht durch die Austrägerinnen ins Haus bringen lassen, was von morgen an gewiß geschehen wird.

Wir hoffen aber, daß wir auch mit der Ausgabe im beschränkten Umfang dem Bedürfnis unserer Leser entgegenkommen, und daß sie nach dieser zeitungslosen Zeit es als Erlösung empfinden werden, die Volksstimme wieder im Haus zu haben.

Überall ihre deprimierenden Folgen. Überall pochte schon Ende der vorigen Woche Not, Sorge und Hunger in ihrer schärfsten Form an die Türen und überall wurde die hange Frage laut: was soll werden, wie soll es enden.

Die Unabhängigen, die um politischer Zwecke willen den Streik in Szene gesetzt haben, trifft die Hauptschuld an all den traurigen Begleiterscheinungen. Gewissenlos und ohne jegliches Verantwortungsgefühl haben sie den Streik entfacht, um durch ihn ihre politischen Ziele zu erreichen. Sturz der Regierung, Aufrichtung einer Sowjetrepublik, Verwirklichung des Räte-systems als politischer Machtfaktor, das waren ihre Forderungen und als Feigenblatt nahmen sie die wirtschaftliche Forderung, Demokratie in den Betrieben, hinzu. In den Forderungen werden wir morgen ausführlich Stellung nehmen, heute sei nur gesagt, daß wir die **politischen Forderungen alle ablehnen**,

daß wir aber die wirtschaftlichen Forderungen als berechtigt anerkennen und unterstützen.

Jedoch der Traum von Drogen geriet, die Hoffnungen, die an das Ministerium gesetzt wurden, erfüllten sich nicht, der Generalstreik, der an sich ein zweifelhaftes Schicksal ist, war unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen eine nicht isolierte Sache. So bekommen die Halle

der Unabhängigen fort, von Tag zu Tag ließen sich etwas von ihren Forderungen fallen und schließlich blieb von dem umfangreichen Wunschzettel nichts übrig als

**nur die wirtschaftliche Forderung.**  
Die aber wäre mit unserer und der gesamten Arbeiter selbst Unterstützung ohne Generalstreik auf einem viel billigeren Wege zu erreichen gewesen.  
Aber man wollte ja nicht nur das und man **mißbrauchte die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, um damit politische Geschäfte zu machen.**

So etwas rächt sich, muß sich rächen und die Arbeiter werden gut tun, scharfer denen auf die Finger zu sehen, die sich als ihre Führer aufstellen und mit Betrugsgewalt ihre Interessen vertreten wollen.

Die Verantwortung und die Schuld an den Minderungen und Verwüstungen der Sonnabends- und Sonntagnummern trifft erstmalig den **Solbaterat**, der **grundlos** die Sicherheitswoche zurückgezogen hat, weiter die Stellen, die es ermöglicht haben, daß Waffen in die Hände der Zivilbevölkerung fielen und schließlich auch die verheerende Schreibweise des Volksblattes, die es bewirkt, daß die Rechtsbegriffe der Bevölkerung in einer geradezu verheerenden Weise verwirrt sind, daß der **Kampf** gegen den **Kapitalismus** in einer so **sonderbaren**, gemeinen Weise zum Ausdruck kam.

Die Verhängung des Belagerungszustandes war nach den Vorommissionen unerlässlich, mannehr fällt auch das Volksblatt unter die Zensur und wird mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Wir protestieren natürlich von unserem grundsätzlichen Standpunkt aus auch gegen diese Zensur und hoffen, daß sie bald wieder beseitigt sein wird.

Infolge technischer Schwierigkeiten können wir nur eine zweifelhafte Nummer herausgeben, vieles müssen wir bis morgen zurückstellen, wo wir noch eingehender auf die einzelnen Vorgänge eingehen werden.

### „Ruhe“ und „Ordnung“.

In Nr. 4 des Mitteilungsblattes wird wieder darauf hingewiesen, daß an den unglücklich niederrückigen und gemeinen Vorgängen der Sonntag- und Montagnummern die Regierungstruppen Schuld seien und daß die tiefere Schuld daran den Bürgeransichtliche treffen, der mit einem Telegramm, das das Mitteilungsblatt veröffentlicht, die Entsendung der Regierungstruppen dringend gewünscht hat. In diesem Zusammenhang wird auch der Name unserer Genossen Ziele genannt und zwar hässlich und mit der bewußten Unwahrheit, Ziele für die Entsendung der Regierungstruppen verantwortlich zu machen. Man schreibt: „Ziele ist sogar mit diesen Truppen selbst aus Weimar hier angekommen und schon den ganzen Sonntag wurde das Gerücht kolportiert, Ziele habe die Regierungstruppen bei ihrem Einmarsch angeführt.“ Es soll wieder einmal den Regierungsozialisten ein ausgedehntes Wohlgefallen sein, wenn sie alle Schuld an dem Eintreffen der Regierungstruppen, die angeblich das Unheil der letzten Tage verursacht haben, aufhängen werden, um weiterhin die Arbeiter in blinder Dummheit für gegen die Regierungsozialisten aufzuhängen. Jedes Mittel ist zu diesem Zwecke recht, doch erklären wir man das, was man sagen will, nicht etwa offen und ehrlich, sondern von hinten herin, wo die Sache noch wirksamer und durchschlagender zu gestalten.

Um die hier angeführte Verdächtigung sofort restlos aus der Welt zu schaffen, wollen wir kurz eine Darstellung über die Arbeit unserer Partei während der Streiklage geben. Borelli wollen wir aber eins festhalten: Wie wir erfahren haben, ist Genosse Ziele allerdings mit dem gleichen Bunde wie die Regierungstruppen gekommen. Genosse Ziele kam aber jeden Sonnabend nachmittag von Weimar nach Halle zu seiner Familie und da am letzten Sonnabend kein anderer Zug von Weimar hier eintraf, hat Ziele ganz selbstverständlich, wie auch eine ganze Anzahl anderer Herren, die nach Halle wollten, diesen Zug benutzt, um nach Halle zu kommen und am kommenden Sonntag sein Wohnort auszuweichen. Da Ziele auch kein junger Mann mehr ist, dem man einen Fußmarsch von der Endstelle nach Halle zumuten kann, ist es natürlich auch von ihm und von Borelli nach Halle gefahren. Das sind für einen nur halbwegs logisch denkenden glatte Selbstverständlichkeiten. Im Übrigen haben wir und die Parteileitung vor und während der Streiklage keinerlei Beziehung mit Genosse Ziele gehabt und müssen uns es darum dem Genossen Ziele überlassen, sich selbst zu äußern und den blödsinnigen Vorwurf, daß er die Regierungstruppen bezichtigt und begünstigt habe, restlos aus der Welt zu schaffen.

Anderes ist, wenn wir den überall auftauchenden und von Unabhängigen verbreiteten Vorwurf, unsere Partei hätte

Ne ... streifen ...

Da können wir ein Lares ...

Da können wir das ganze ...

Die zwei Worte „zwischen ...“

Mehr ...

Inzwischen hatten wir ...

Neue ...

Das noch ...

Die ...

1. ...

2. ...

3. ...

4. ...

5. ...

6. ...

Die ...

schon und davon ...

zur ...

unternahm ...

Und was ...

Wir ...

Griechische ...

und in dem ...

Wir ...

mit ...

Nur ...

Wahl ...

Erdnung ...

wurde. Viele ...

Ein ...

Sonabend ...

1. Die ...

Die ...

Ungebüch ...

„Den ...“

Requis ...

hatten auf beiden ...

2. Der 2. März ...

3. Nach Einbruch ...

4. Das Verhalten ...

Durch Plünderungen ...

Der Bürger- ...

Die ...

in Halle ...

Die Wahl ...

Die ...

Die ...

„Den ...“

Requis ...

interessen der ...

In einem ...

Über den ...

Die ...

Der ...

Die ...

Der ...

Die ...

Der ...

Die ...

Der ...

Die ...

Der ...

Die ...

Der ...

Die ...

Der ...